

Wie wichtig sind der Hohenbrunner Gemeindeverwaltung die Bedürfnisse der Grundschulkinder? Gleich zweimal standen die Grundschüler im Mittelpunkt kontroverser Diskussionen in der jüngsten Gemeinderatssitzung

Mittagsbetreuung

Gleich zu Beginn stand der Tagesordnungspunkt „Mittagsbetreuung an der Grundschule Hohenbrunn; Bericht der AWO“ auf der Tagesordnung.

Die Leitung der AWO-Mittagsbetreuung Riemerling führt aus, dass der Umzug der Mittagsbetreuung von Riemerling nach Hohenbrunn zu keinerlei Beschwerden und/oder Abmeldungen führte.

Diese Aussagen stehen in direktem Gegensatz zu der von den Eltern der betroffenen Kinder initiierten Petition mit 120 Unterschriften. Die Eltern haben mit Unterzeichnung der Petition ihre Unzufriedenheit mit der aktuellen Situation sehr deutlich zum Ausdruck gebracht.

Gemeinderätin Miller (Bürgerforum und seit 2013 Eltern-beiratsvorsitzende der Grundschule Hohenbrunn) stellte die Historie sowie die aktuelle Situation der Mittagsbetreuung aus Sicht der Eltern und der betroffenen Kinder dar.

Vor einem Jahr begannen die Diskussionen rund um den Umzug der Mittagsbetreuung von Riemerling nach Hohenbrunn. Die bisher benutzten Räumlichkeiten in Riemerling wurden anderweitig benötigt. Die Gemeindeverwaltung hat daraufhin entschieden, als Übergangslösung die Mittagsbetreuung der Riemerlinger Grundschüler nach Hohenbrunn zu verlegen. Was zunächst von der Gemeinde als Übergangslösung kommuniziert und den Eltern so vermittelt wurde, soll nun bis mindestens 2018 Bestand haben.

Die im Gemeinderat folgende Diskussion wurde dem Ansinnen der Eltern leider nicht gerecht. Insbesondere der tägliche Transport belastet den Alltag der Familien, aber auch vieler Hohenbrunner Bürger. So verbringen die Kinder, die den Gemeindebus nutzen, täglich 30 - 40 Minuten im Bus (Schulhaus Riemerling nach Hohenbrunn und zurück). Weitere 30 Kinder werden von den Eltern geholt, was neben Zeitaufwand eine unnötige Umwelt-, aber auch eine zusätzliche Verkehrsbelastung für alle Hohenbrunner darstellt.

Auch der Leitfaden des Bayerischen Kultusministeriums zur Mittagsbetreuung fordert, dass sie grundsätzlich in Räumen der Schule (bzw. in unmittelbarer Nähe der Schule) stattfindet. Zudem wird dort auf die enge Zusammenarbeit mit den Eltern hingewiesen.

Sollte man auf dieser Grundlage das Anliegen der Eltern ernst nehmen?

Sollte man intensiv prüfen, wie die Situation kurzfristig verbessert werden kann?

Wir meinen: Ja

Die Gemeindeverwaltung mit Bürgermeister Dr. Straßmair verspricht einen Neubau für die Mittagsbetreuung auf dem Schulareal in Riemerling. Dieser wird jedoch nicht vor 2018/2019, also in frühestens drei bis vier Jahren bezugsfertig sein.

Das Bürgerforum stellte daher in der Sitzung den Antrag, dass die Verwaltung als Lösung für die Mittagsbetreuung die Verwendung von Containern auf dem Riemerlinger Schulareal

prüfen solle (inklusive hinsichtlich der Kosten). Wenn die Voraussetzungen vorliegen, soll die Inbetriebnahme zu Beginn des kommenden Schuljahres veranlasst werden.

Bürgermeister Dr. Straßmair lehnte ab, diesen Antrag zu behandeln. Bürgerforum, SPD und Grüne forderten eine Prüfung des Antrages. Verwaltung und Bürgermeister nahmen diese Forderung schließlich widerwillig auf.

Sitzgelegenheiten für die Grundschule in Riemerling

Auch bei einem weiteren Tagesordnungspunkt wiederholte sich der Unwillen des Bürgermeisters, einer Bedarfsanmeldung der Riemerlinger Grundschule nachzukommen. Das Bürgerforum hatte einen Antrag auf Errichtung von Sitzgelegenheiten für den Pausenhof der Schule gestellt. Dieser Bedarf war seitens der Schulleitung dem Bürgerforum gemeldet worden, mit der Bitte um Unterstützung in dieser Angelegenheit. Im Vorfeld war diese Bedarfsanmeldung durch den Bürgermeister leider abgelehnt worden.

Bürgermeister Dr. Straßmair stellte zu Beginn der Diskussion einen Antrag zur Geschäftsordnung über Nichtbefassung des vorliegenden Antrags, da die Anschaffung von Sitzmöbeln für den Pausenhof unter die alleinige Zuständigkeit des Ersten Bürgermeisters fallen würde und damit seiner Meinung nach nicht Sache des Gemeinderats ist. Diese Rechtsauffassung sei im Vorfeld von der Kommunalaufsicht bestätigt worden.

Das Bürgerforum wie auch SPD und Grüne widersprachen in der Sitzung diesen Ausführungen. Zum Einen aufgrund in der Vergangenheit behandelten Themen ähnlicher Größenordnung und zum Anderen, da die Geschäftsordnung eine Befassung dieses Antrags nicht ausschließe. „Es scheint, als würde willkürlich vom Bürgermeister entschieden, was laufendes Geschäft ist und was nicht.“, so Frau Wenzel, dritte Bürgermeisterin von Hohenbrunn. Fr. Dr. Kreder-Strugalla (Grüne) verstand auch nicht, „warum der Bürgermeister an dieser Stelle so bockig reagiere.“

Die anschließende Abstimmung ergab eine 12:8-Ablehnung des Antrags von Dr. Straßmair, wobei sogar ein CSU-Gemeinderatsmitglied diesen Antrag ablehnte.

Erneut wird also auf dem Rücken der Kinder ein notwendiges Ansinnen politisch diskutiert. Ebenso unnötig wie traurig. Dies wirft kein gutes Bild auf unsere Gemeinde und die Hohenbrunner Familienpolitik.